

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Verschobene Gelder aus dem SED-Vermögen für die Opfer der SED-Diktatur verwenden

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, die sog. „Novum-Gelder“ aus dem SED-Vermögen in Höhe von 4,4 Mio. Euro im Sinne derjenigen zu verwenden, die unter der menschenverachtenden SED-Politik gelitten haben und von deren Vertretern verfolgt oder vertrieben wurden.

Vor einer Weiterleitung/Auszahlung der Gelder ist dem Abgeordnetenhaus die geplante Mittelverwendung zur Kenntnis zu geben.

Begründung:

Der Senat hat am 11. Dezember 2008 den 5. Zwischenbericht zu den DS-Nrn. 15/3540, 15/3634, 15/5265, 16/0678 und 16/1581 abgegeben und mitgeteilt, dass dem Land Berlin rund 4,45 Mio. Euro der sog. „Novum-Gelder“ zugeflossen sind, die dem Land Berlin nach dem Einigungsvertrag und dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zustehen. In welche Maßnahmen und Projekte der festgelegte Anteil für die Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur

sowie der festgelegte Anteil für Sozialprojekte fließen soll, hat der Senat bisher nicht mitgeteilt. Er bat insoweit um Fristverlängerung bis zum 30. Juni 2009.

Die CDU-Fraktion fordert, diesen Betrag im Sinne derjenigen zu verwenden, die unter der menschenverachtenden SED-Politik gelitten haben und von deren Vertretern verfolgt und vertrieben wurden. Nach Auffassung der CDU-Fraktion sollen die Gelder zu gleichen Teilen diejenigen erhalten, die sich um die Opfer der SED-Diktatur kümmern, und jene, die über das DDR-Regime aufklären. Finanziell unterstützt sollen werden insbesondere der Help e.V., die Vereinigung der Opfer des Stalinismus, das Bürgerbüro e.V., das Behandlungszentrum für Folteropfer e.V. und die Gedenkstätte Hohenschönhausen. Bei dieser Gelegenheit wird die SED/PDS/Die Linke aufgefordert, sich ihrerseits am Auffinden weiterer versteckter Gelder zu beteiligen.

Berlin, den 06. Januar 2009

Henkel Braun

und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU